

# Finanzmarktaufsicht unter „Proporzkontrolle“?

## FPÖ fordert inhaltliche Reform der Finanzmarktaufsicht

■ Für den Vorsitzenden des von SPÖ und ÖVP vorzeitig beendeten Banken-Untersuchungsausschusses, Martin Graf, bot die von Finanzminister Molterer vorgestellte FMA-Reform wenig Anhaltspunkte einer substantiellen Verbesserung.

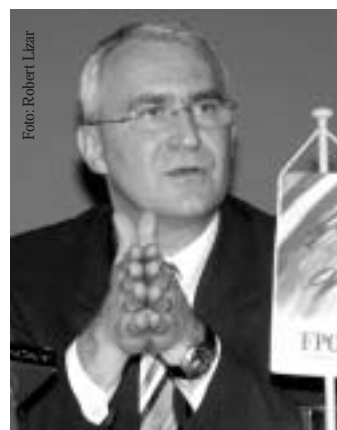
„Die betrieblchen Erkenntnisse der Vergangenheit wurden nicht oder bestenfalls in Spurenelementen umgesetzt“, kritisiert Graf. Die im Rahmen des Ban-

kenausschusses vielfach geforderte Zusammenführung von Kontrolle und damit Verantwortlichkeit, sei aus unverständlichen Gründen unberücksichtigt geblieben.

Für den Finanzsektor ändere sich nach dem „homöopathischen Eingriff“ de facto nichts. „Einzig an der Besetzung der Vorstände ist eifrig gebastelt worden. Man gibt sich mit augenfälligem Postenschacher nach alten Mustern

und einer verstärkten Gewichtung des Vorstands in Richtung SPÖ zufrieden“, bemerkte Graf.

Das von allen Experten befürwortete Modell, die Prüf-, Kontroll- und Einforderungskompetenzen für verordnete Maßnahmen in einer verantwortlichen Behörde zusammenzuführen, sei neuerlich einem „undurchsichtigen System der Zersplitterung und Zuständigkeitswirrnisse“ geopfert worden,



Graf: Statt eine inhaltliche Reform der FMA voranzutreiben, beschränkt sich die Koalition auf die Umsetzung des Proporz.

kritisierte der freiheitliche Abgeordnete: „Dem Finanzplatz Österreich hat Minister Molterer damit einen Bärendienst erwiesen.“

## Dem Pfuscher den Kampf ansagen!

■ Zur Bekämpfung der Schwarzarbeit am Bau fordert die FPÖ seit Jahren die Einführung des „Luxemburger Modells“. Dieses sieht eine 50-prozentige Mehrwertsteuervergütung vor, wenn Häuselbauer Rechnungen von Professionsisten vorlegen.

„Dieses luxemburgische Projekt hat sich bereits in sieben EU-Staaten bestens bewährt. 2006 haben fünf weitere Länder diese Option zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft wahrgenom-

men“, mahnte Wirtschaftssprecher Themessl endlich ein Tätigwerden der Koalition ein.

Umfragen zeigen auch, daß 80 Prozent der Häuselbauer bereit wären, gewerbliche Unternehmen heranzuziehen, wenn es dieses Modell gäbe. Weiters müßten aber auch die Kontrollen der Finanz wesentlich verstärkt werden, um ausländische, beziehungsweise illegale Arbeitnehmer zu überprüfen, insbesondere an Abenden und Wochenenden. Dazu sollte die Zusammenarbeit der Behörden – Krankenkasse, Bezirksverwaltungsbehörde, etc. – deutlich verbessert werden.

„Auch die rechtzeitige Erkennung von Scheinfirmen durch die Finanz muß vorangetrieben werden“, erklärte der freiheitliche Wirtschaftssprecher und verwies dabei auf das „Finnische Modell“. In Finnland seien die Ausgaben für Putztrupps von der Steuerbemessungsgrundlage absetzbar und somit deutlich günstiger. Dadurch seien von 2003 bis 2006 rund 10.000 permanente legale Arbeitsplätze zu marktgerechten Bedingungen entstanden.

Im Detail sehe das Modell so aus, daß 60 Prozent (bis maximal 2.300 Euro pro erwerbstätiger Person im Haushalt) des für Haushaltshilfen und haushaltsnahe Dienstleistungen gezahlten

Lohns, von der Steuerbemessungsgrundlage abgesetzt werden können. „Durch die Einfachheit des Modells sind die Administrationskosten äußerst gering“, argumentierte Themessl.

## Kopflose Ministerin

■ Angesichts der Turbulenzen um die geplanten neuen ambulanten Versorgungszentren (AVZ), sei es verwunderlich, daß die sonst so medienumtriebige Ministerin Kdolsky tagelang auf Tauchstation gegangen sei, merkte Gesundheitssprecherin Dagmar Belakowitsch-Jenewein zur „Abwesenheit“ Kdolskys in der Debatte an: „Ganz offensichtlich soll jener Gesetzesentwurf im nächsten Ministerrat schnell durchgepeitscht werden.“

Diese zentralistischen AVZ, die auch von privaten Investoren oder Handelsketten errichtet werden könnten, würden zu einer massiven Verschlechterung der medizinischen Versorgung füh-

ren, warnte die freiheitliche Gesundheitssprecherin. Vor allem im ländlichen Bereich sei die ärztliche Nahversorgung massiv gefährdet: „Für ältere und gebrechliche Menschen, aber auch für Mütter mit Kleinkindern wird dann der Arztbesuch ein großer Aufwand.“

Sinnvoller wäre, wie Kdolsky selbst schon vorgeschlagen habe, eine Aufstockung der niedergelassenen Fachärzte sowie eine Aufwertung der Hausärzte, forderte Belakowitsch-Jenewein: „Unser Gesundheitssystem, das gerade wieder als eines der Besten der Welt ausgezeichnet wurde, darf nicht einer Laune der Ministerin zum Opfer fallen.“



Themessl: Beim Pfuscher läßt die Koalition Millionen an Sozialabgaben links liegen.